

Der Axpo-Vertrag steht auf der Kippe

Glarus sagte Ja – doch das Zürcher Kantonsparlament könnte gegen das neue Axpo-Vertragswerk stimmen.

Der Glarner Landrat hat im September 2020 der Aufhebung des Gründungsvertrages der Axpo-Vorgängerin NOK zugestimmt. Damit hat er implizit auch dem neuen Aktionärsbindungsvertrag zugestimmt. Der Kanton Glarus gehört zusammen mit den Nordostschweizer Kantonen zu den Besitzern des Energiekonzerns Axpo.

Die historisch gewachsene Aufgabenteilung zwischen der Axpo und den an ihr beteiligten Kantonswerken ist mittlerweile nur noch beschränkt umsetzbar. In einzelnen Geschäftsfeldern sind Axpo und Kantonswerke sogar direkte Konkurrenten. Das neue Vertragswerk soll der Axpo einerseits den Handlungsspielraum erhalten, andererseits den Kantonen aber die Mitsprache sichern.

Souveränität nicht sichergestellt

Doch dieser neue Vertrag steht jetzt auf der Kippe. Der Zürcher Regierungsrat will zwar, dass der Kanton Zürich nach über 100 Jahren einen neuen Axpo-Vertrag erhält. Die zuständige Kommission des Kantonsrates hat nun aber entschieden, den Vorschlag des Regierungsrates abzulehnen. Mit 9 zu 6 Stimmen hat die Kevu, die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, entschieden, dem Vorschlag der Regierung den Stecker zu ziehen. In der Kevu sitzen Kantonsrätinnen und Kantonsräte von SVP, SP, Mitte und EVP. Zusammengefasst bringen es diese Fraktionen auf eine Mehrheit im Parlament.

Zwar werde von links bis rechts anerkannt, dass das Vertragswerk aus dem Jahr 1914 überholt sei und erneuert werden müsse, schreibt die Kevu in einer Mitteilung vom Donnerstag. Mit der Vorlage des Regierungsrates werde aber nicht sichergestellt, dass die Wasserkraftwerke und die Stromnetze im Besitz der öffentlichen Schweizer Hand bleiben würden. Sie befürchtet also, dass die Stromversorgung in ausländische Hände fallen könnte. Die von der Kommission gewünschten Nachverhandlungen seien von den Aktionärsvertretern der Axpo jedoch nicht in die Wege geleitet worden. Deshalb werde das vorliegende Vertragswerk nun abgelehnt. Entscheiden wird der Gesamt-Kantonsrat an einer Sitzung in den kommenden Wochen. (red/sda)



Grosses Interesse an CO₂-neutraler Energie: Tobias Zweifel zeigt vor rund 100 Interessierten auf, dass auch der Wärmeverbund eine Alternative zur fossilen Heizung ist. Bild Fridolin Rast

Nach Verbot: Welche Heizung sinnvoll ist

Die Energieallianz Linth hat über CO₂-neutrale Heizungen informiert. Der Hunger nach Informationen ist nach dem Verbot von Öl- und Gasheizungen im Kanton gross. Dabei ist auch die Fernwärme vielversprechend, wie die Experten sagen.

von Fridolin Rast

Der Entscheid der Landsgemeinde vor einem Monat weist den Weg: Sobald das geänderte Glarner Energiegesetz in Kraft tritt, dürfen in Neubauten und beim Heizungsersatz keine Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden. Das dürfte noch nächstes Jahr sein, wie Jürg Rohrer, Professor für erneuerbare Energien an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wädenswil, am Mittwoch an einer Information in Ennenda sagte. Thema des Abends: Welche Heizsysteme können die vorhandene fossile Heizung ersetzen? Die Energieallianz Linth versprach neutrale Information, und es kamen fast 100 Interessierte, nachdem schon etwa 130 Perso-

nen in Ziegelbrücke und Schwanden dabei waren.

Rasch noch eine neue Öl- oder Gasheizung einzubauen, bevor das Gesetz gilt, sei völlig falsch, schickte Rohrer voraus: «Eine fossile Heizung ist schon heute mit 99-prozentiger Sicherheit eine Fehlinvestition.» Ebenso wenig solle man auf Biogas hoffen, dafür sei dessen Potenzial viel zu klein. Und: «Es wird viel sinnvoller dort eingesetzt, wo die Industrie Temperaturen von 1000 oder 1300 Grad erzeugen muss.»

Klimaneutral heizen

Ruedi Giezendanner, Architekt und Energieberater, stellte die verschiedenen Systeme vor. Für das Klima-respektive CO₂-Ziel von Netto-Null bis 2050 müssten in der Schweiz jährlich 30 000 fossile Heizungen ersetzt werden, sagt er.

Basis für einen optimalen Heizungsersatz ist für ihn eine Energieberatung, die der Kanton Glarus mit einem Beitrag fördere. Die Beratung analysiere das Gebäude, die vorhandene Heizung, den Wärmebedarf, die möglichen Wärmequellen und die erwarteten Kosten. Im Idealfall könne er sich auf den tatsächlichen Energieverbrauch von etwa drei Wintern abstützen, erklärt Giezendanner. Die Energiekennzahl sagt, wie viele Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr das Haus braucht. Liegt sie zu hoch, so sollte vorrangig über die Heizung auch die Gebäudehülle saniert, sprich das Haus isoliert werden.

Als neue, fossilfreie Heizsysteme kommen laut Giezendanner hauptsächlich infrage: Wärmepumpe mit Erdwärme oder Umgebungsluft, Holzpellets und Fernwärme, daneben

Holz-Heizkessel oder solare Wärmegegewinnung sowie Holzschnitzel für grössere Anlagen. Weiter, wie ein Hausbesitzer in der Diskussion einbrachte, eine Wärmepumpe mit Eisspeicher.

Der Wärmeverbund lockt

Wo es Wärmeverbünde gibt, ist laut Projektgenieur Tobias Zweifel von den Technischen Betrieben Glarus (TBG) Fernwärme interessant. Diese Lösung sei wirtschaftlich nicht teurer als die Alternativen, und für die Hausbesitzer gebe es kaum Aufwand.

Die TBG betreiben bereits Wärmeverbünde in Glarus sowie in Ennenda, und sie prüfen weitere für Gebiete vom Buchholz bis zur Riedernstrasse sowie westlich der Hauptstrasse Richtung Feld. Der Energiebedarf wird laut Zweifel 100 Prozent CO₂-neutral gedeckt, davon etwa 80 Prozent mit Holzschnitzeln aus Wald der Gemeinde.

In der Fragerunde beschäftigte vor allem die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt. Die Planung sei relativ komplex und meist mit Strassenbauarbeiten koordiniert, so Zweifel. Wenn eine Heizung ersetzt werden muss, könne es durchaus auch zu früh oder zu spät sein für einen Anschluss. Und es brauche grosse oder viele benachbarte Bezüger, damit der Anschluss sinnvoll werde.

Auch das Fernwärmenetz der KVA Linthgebiet ist im Aufbau. Die Hauptleitung nach Süden reicht bereits bis zum Gebiet der Netstal-Maschinenfabrik in Näfels, wie Geschäftsführer Walter Furgler auf Anfrage erklärt. Ein weiteres Projekt für Bilten stehe kurz vor dem Antrag an die KVA-Abgeordnetenversammlung. «Wo dieses Rückgrat in der Nähe ist, wollen wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren möglichst viele Bezüger gewinnen und anschliessen», sagt er. Umso eher sich Eigentümer für einen sofortigen oder baldigen Anschluss aussprechen, desto besser seien die Chancen für einen Anschluss. Denn die Potenzialanalyse müsse genügend Anschlusswillige für einen wirtschaftlichen Betrieb ergeben.

Grosse Säcke und kleine Säcke

Je nach System ist die Investition gross, die man machen muss, etwa bei einer Erdsonden-Wärmepumpe, und dafür sind die Energiekosten kleiner. Oder umgekehrt: Eine Fernwärmeversorgung braucht, sofern es schon eine Zentralheizung gibt, nur noch einen Wärmetauscher. Dafür sind die Energiekosten eher höher angesetzt. «Schauen Sie nicht nur den einen grossen Sack mit Ihrem Geld an, sondern auch die kleineren, die Sie jedes Jahr bezahlen», mahnt Ruedi Giezendanner.

Aus seiner Erfahrung zieht er das Fazit: Wenn man auf 20 Jahre hinaus alle Kosten einbeziehe, seien die jährlichen Heizkosten nicht einmal so unterschiedlich.

«Endlich wieder Olma»

Unter dem Motto «Endlich wieder Olma» hat in St. Gallen die 78. Schweizer Messe für Landwirtschaft und Ernährung ihre Tore geöffnet. Bundespräsident Guy Parmelin betonte die Bedeutung der Olma als Ort der Begegnung, des Austauschs und des Dialogs.

Die Publikumsmesse schaffe und stärke «die Verbindung zwischen Alt und Jung, zwischen Stadt und Land, innerhalb der Landwirtschaft und zwischen der Landwirtschaft und den Konsumentinnen und Konsumenten», sagte Parmelin am Donnerstag an der festlichen Olma-Eröffnung in der St. Galler Tonhalle. Die Abstimmungen über die Pestizid-Initiativen vom Juni hätten den Austausch in Fragen der Landwirtschaft erschwert. «Es wurden Gräben aufgerissen.» Jetzt gehe es darum, wieder aufeinander zuzugehen, sagte der Bundespräsident und Landwirtschaftsminister.

Während der Coronakrise habe ein Teil der Bevölkerung ihr Konsumver-

halten verändert. Lokale, hochwertige Produkte seien enorm gefragt. Die Pandemie hat laut Parmelin auch gezeigt, «wie krisenresistent die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist».

Persönliche Begegnung sei wichtig

Zur Klimaerwärmung, sagte Parmelin: «In diesem Jahr haben wir gespürt, was in Zukunft öfter und noch heftiger passieren könnte.» Die Landwirtschaft sei betroffen vom Wandel, teilweise verursache sie ihn, aber sie könne auch Teil der Lösung sein, etwa durch ihre Möglichkeiten, Kohlenstoff zu speichern und so zum Netto-Null-Ziel beizutragen. Auch Olma-Direktorin Christine Bolt betonte die Wichtigkeit der



Ort der Begegnung: Bundespräsident Guy Parmelin hält zur Eröffnung der diesjährigen Olma ein Säuli. Bild Gian Ehrenzeller/Keystone

persönlichen Begegnung an der Olma. «Für eine nachhaltige Kundenbeziehung müssen Menschen sich treffen.» Die Messe sei gegründet worden, «um miteinander ins Geschäft zu kommen und Handel zu treiben».

Weniger Besucher erwartet

Nach der Eröffnung in der Tonhalle liess sich der Bundespräsident durch die Messehallen führen. Nicht fehlen durfte dabei der Fototermin mit dem Olma-Säuli. Während elf Tagen zeigen rund 400 Aussteller ihre Produkte, daneben gibt es wie immer Tiervorführungen und Sonderschauen. Wegen der Pandemie sind gegenüber 2019 etwa ein Drittel weniger Aussteller dabei.

Die Organisatoren rechnen auch mit 20 bis 30 Prozent weniger Besuchern.

Zutritt zum Areal erhalten nur Geimpfte, Genesene und Getestete mit Zertifikat. Dafür gibt es in den Hallen weder eine Maskenpflicht noch Abstandsregeln. Laut Christine Bolt ist die Olma darauf gut vorbereitet mit drei Testzentren im Breitfeld, am Bahnhof St. Fiden und beim Olma-Areal.

Unter dem Motto «Bock auf Schaffhausen» präsentiert sich der Gastkanton allerdings ohne den traditionellen Umzug durch die St. Galler Innenstadt am ersten Olma-Samstag. Dafür finden in der Arena jeden Nachmittag wieder die beim Publikum beliebten Säulirennen statt. (sda)